

# RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Nr.2

## Ausführlicher Bericht

22. September 2005

**DEBATTE ÜBER DIE GEMEINSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNG DER REGIERUNG  
ZUR LAGE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT - DOKUMENT 15 (2005-2006)  
NR. 2**

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 36 Maßnahmen und mehr als 110 Projekte dieses umfangreichen Arbeitsprogramms der Regierung und der sie tragenden Mehrheit werden in dieser Legislaturperiode zu konkreten Verbesserungen im Bildungswesen führen. Nicht die Fülle der Maßnahmen ist interessant, sondern ihre Qualität und mehr noch die Tatsache, dass alle Maßnahmen kohärent und in einer sehr genau definierten Zeitfolge aufeinander aufbauen.

All diese Maßnahmen sind Bestandteil eines Gesamtkonzepts zum Erhalt und zur Steigerung der Bildungsqualität in Ostbelgien. Durch alle Maßnahmen zieht sich wie ein roter Faden das Ziel, in der deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die notwendigen Voraussetzungen für ein sozial gerechtes und für ein qualitativ anspruchsvolles Unterrichten und Erziehen zu schaffen. „Sozial gerecht“ oder „sozial chancengerecht“ und „qualitativ anspruchsvoll“ bedeutet, dass alle Menschen in unserer Gesellschaft sich ihrer Verantwortung bewusst und ihrer Verantwortung gerecht werden müssen, insbesondere die Eltern und die Schulgemeinschaften.

Die Schule kann nicht alles leisten. Deshalb dürfen wir den Schulen auch nicht alle gesellschaftlichen Aufgaben aufbürden. Ansonsten überfordern wir die Schulgemeinschaften, verlagern zwangsläufig wichtige Bestandteile des Unterrichts ins Elternhaus und tragen damit - wie Kollege Palm richtig feststellte - dazu bei, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft und in der beruflichen Zukunft von ihrer sozialen Herkunft, von ihrem sozialen Umfeld und vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Das wollen wir nicht. Wenn wir mehr soziale Chancengerechtigkeit anstreben, dann darf die Qualität der Ausbildung unserer Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern und damit auch nicht von privaten Nachhilfestunden oder von zu Hause geleisteter Hausaufgabenhilfe abhängen.

Wenn wir soziale Gerechtigkeit und Chancengerechtigkeit erreichen wollen, dann müssen die Schulen sich in der Tat - wie Kollege Palm bereits sagte - auf ihr Kerngeschäft, und zwar auf das Unterrichten und das Erziehen konzentrieren können. Wenn wir ein sozial gerechtes und ein qualitativ anspruchsvolles Bildungswesen anstreben, dann müssen wir auch den überdurchschnittlich hohen Schulrückstand in unserer Gemeinschaft bekämpfen. Dann müssen wir weniger und vor allem auch sehr viel später selektieren.

Wenn wir ein sozial gerechtes und ein qualitativ anspruchsvolles Bildungswesen wollen, dann müssen wir den Förderbedürftigen, den Menschen mit einer Beeinträchtigung und auch den Menschen mit Lernschwächen unsere ganz besondere Aufmerksamkeit widmen und dies sowohl in der Regelschule als auch in der Förderschule. Dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange zusammenbleiben und möglichst lange einen gemeinsamen Unterricht erhalten. In diesem Unterricht sollte der Schwerpunkt auf die Förderung der Grundfertigkeiten, der Kulturtechniken, des Lernens, des Schreibens, des Rechnens und des Lesens gelegt werden. **Aufgabe der Politik ist es, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.** Dazu leistet dieser Maßnahmenkatalog als Bestandteil eines Gesamtkonzeptes einen sehr konkreten Beitrag.

Ich möchte von den vielen notwendigen Rahmenbedingungen heute sieben hervorheben, die wir brauchen, um mittelfristig unsere bildungspolitischen Ziele zu erreichen: Wir brauchen erstens eine auf unsere Bedürfnisse maßgeschneiderte Schullandschaft im Sinne unserer gemeinsam in diesem Hause verabschiedeten Resolution zur Neugestaltung der Schullandschaft. Dieses Vorhaben kann die Regierung nicht alleine umsetzen. Hierbei ist sie auf die Verhandlungsbereitschaft und die konstruktive Mitarbeit von Partnern, insbesondere der Kommunen angewiesen.

Zweite Rahmenbedingung: Wir müssen den Auftrag der Schule definieren, und wir müssen diesen Auftrag vor allem von all dem abgrenzen, was die Schule nicht leisten kann und nicht leisten sollte.

Dritte Rahmenbedingung: Wir müssen innerhalb der Schule den Auftrag jedes einzelnen Akteurs und jedes einzelnen Mitarbeiters definieren, der sich um die Bildung und Erziehung unserer Kinder in der Schule verdient macht. Das kann nur über Funktionsbeschreibungen gehen.

Vierte Rahmenbedingung: Wir müssen den Lehrpersonen in unseren Schulen das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg geben, damit sie ihren anspruchsvollen Aufgaben gerecht werden können und sich in diesem schwierigen beruflichen Alltag zurechtfinden können. Das gelingt nur über eine Verbesserung der Erstausbildung und über ein ergebnisorientiertes, effizientes Weiterbildungsangebot.

Fünfte Rahmenbedingung: Wir müssen den Schulen eine ausreichende Anzahl von Lehrern zur Verfügung stellen.

Sechste Rahmenbedingung: Wir müssen für alle diese Lehrer vernünftige Arbeitsbedingungen zur Verfügung stellen. Welches sind diese Arbeitsbedingungen? Eine erste wichtige Arbeitsbedingung ist selbstverständlich das Personalstatut für alle Mitarbeiter. Eine weitere Arbeitsbedingung ist mit Sicherheit eine angemessene Bezahlung. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass alle Lehrpersonen und alle Akteure der Schulgemeinschaften interessante Perspektiven einer flexiblen Laufbahngestaltung erhalten. Wir müssen den Lehrpersonen ferner die notwendigen Orientierungshilfen mit auf den Weg geben, damit sie den definierten Auftrag erfüllen können, und ihnen Orientierungshilfen in Form von Lehrplänen geben. Sie brauchen auch das notwendige, anspruchsvolle, moderne, pädagogische Material und möglichst verbindliche Schulbücher. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass alle Lehrpersonen und alle Akteure der Schulgemeinschaften in einem vernünftigen infrastrukturellen Rahmen arbeiten können.

Siebte Rahmenbedingung und Auftrag an die Politik, aber nicht nur an die Politik: Wir müssen dazu beitragen, dass die Schule modern und vernünftig organisiert werden kann. Hier kommt natürlich den Schulleitungen eine ganz besonders wichtige Aufgabe zu. Deswegen müssen wir in unseren Schulen sehr viel Wert auf ein gutes Schulmanagement legen.

Wenn wir das sozial chancengerechte Ziel verfolgen, dass die Menschen möglichst gemeinsam und möglichst lange gemeinsam unterrichtet werden, dann müssen wir auch die notwendige Unterrichtszeit zur Verfügung stellen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Lehrpersonen im Team zusammenarbeiten können. Dann müssen wir - wie Herr Schröder richtig sagte, und auch Herr Palm hat es erwähnt - einen fließenden Übergang von der Primarschule zur Sekundarschule schaffen.

Die Regierung möchte diese Rahmenbedingungen verbessern. Wir werden das Gesamtkonzept, das in diesem Maßnahmenkatalog sehr deutlich zum Ausdruck kommt, zum Erhalt und zur Steigerung der Bildungsqualität intensiv, effizient und ergebnisorientiert umsetzen.

Liebe Frau Kollegin Thiemann! Ihre Kritik hat mich enttäuscht, aber sie hat mich nicht überrascht. In diesem Haus bin ich an diese Form der Oberflächlichkeit und der Widersprüche gewohnt. Ich möchte Ihnen ein Beispiel für die für Sie und Ihre Fraktion typische Widersprüchlichkeit nennen. Sie fordern die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf, kleinere Brötchen zu backen, gleichzeitig werfen Sie dieser Regierung vor, sie tue nicht genug. Sie sagen, in der Finanzpolitik sollen kleinere Brötchen gebacken werden, und welchen konkreten Vorschlag machen Sie dazu? Sie fordern, dass die Mittel für das Arbeitsamt weiter erhöht werden. Ob wir mit dieser kleinen Art von Brötchen das Ziel erreichen, das Sie hier propagieren, wage ich zu bezweifeln. Ihre Kritik ist auch deshalb oberflächlich, weil Sie uns vorwerfen, wir würden im Rahmen einer Debatte über die Regierungserklärung nur reden und keine Taten vollbringen. Ja, welche Taten in dieser Debatte meinen Sie denn, Frau Kollegin Thiemann? Sollen wir mit Wasser spritzen oder Kugelschreiber durch die Landschaft werfen? Ich gebe zu, so manchem Kollegen ist danach zumute, wenn er die eine oder andere Rede hört. Aber in

Wirklichkeit, Frau Kollegin Thiemann, dienen Debatten im Parlament über eine Regierungserklärung natürlich vorrangig dem Reden und dem Austausch von Argumenten, auch wenn Sie sich nicht gerne daran beteiligen.

Sie werfen uns vor, wir hätten im letzten Jahr nur geredet und nichts getan. Das ist natürlich grundlegend falsch. Was haben wir nicht allein im letzten Jahr im Unterrichtswesen getan? Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, das Schulmanagement zu professionalisieren, indem wir die Gehälter aller Grundschulleiter erhöht haben, indem wir die Anzahl der vollzeitbeschäftigten Schulleiter in unserer Gemeinschaft erhöht haben, indem wir ein konsequentes Weiterbildungsangebot an alle Schulleiter gerichtet haben. Wir haben ebenfalls in der Organisation der Schule die Unterrichtszeit erhöht, indem wir Einspruchsfristen reduziert und dafür gesorgt haben, dass Nachprüfungen im August und nicht mehr im September stattfinden. Wir haben die Organisation der Schule verbessert, indem wir klarere Richtlinien für Urlaubsfristen festgelegt haben, indem wir den administrativen Ablauf von Integrationsprojekten verbessert und vereinfacht haben. Wir haben die Organisation der Schule und damit auch die Arbeitsbedingungen auf vielfache Art und Weise verbessert.

Von 2004 bis dato wurden in den i Infrastrukturplänen 14 Millionen EUR für Schulbauten vorgesehen. Das ist eine beeindruckende Summe. Ich hoffe nicht, dass Sie mir vorwerfen werden, es handle sich dabei um Prunkbauten, wie Sie eben hier gesagt hatten. Ansonsten sollten Sie Ihre Frau Kollegin, Schulschöffin Creutz, einmal fragen, ob beispielsweise die Schule in Kettenis, die wir kürzlich eingeweiht haben, ein überflüssiger Prunkbau war. Oder ich müsste Sie bitten, Ihren Kollegen Chaineux zu fragen, ob das Projekt Schulbau Raeren-Driesch ein übertrieben teures Prunkprojekt ist. Nein, wir schaffen wichtige infrastrukturelle Rahmenbedingungen, damit das Unterrichten unter pädagogisch anspruchsvollen Bedingungen stattfinden kann.

Wir haben auch zahlreiche Gehälter verbessert. Die Gehälter der Lehrer sind erhöht worden, auch wenn das vielen entgangen ist. Aber im letzten Jahr ist das Urlaubsgeld für die Stufe 2+ und die Stufe 2 deutlich erhöht worden. Die einen oder anderen waren schon sehr überrascht, als sie ihren Gehaltszettel in den Urlaubsmonaten nachgeprüft haben. Ferner haben wir über die Einführung des auszubauenden Konzepts eines pädagogischen Vorruhestandes erste innovative Schritte hin zu einer flexibleren Laufbahngestaltung gemacht.

Was Sie in Ihrer Kritik offensichtlich vollkommen übersehen haben, Frau Thiemann, war die Tatsache, dass wir außerdem die Anzahl Lehrer auf allen Schulebenen im Verhältnis zur Schülerzahl - das ist die relevante Größe - erhöht haben. Trotz angespannter Liquiditätsslage im Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben wir auch hier erste Verbesserungen erzielt.

Wir haben eine Hochschulreform durchgeführt, an die Sie sich sicherlich noch erinnern werden und die ein Fundament zur Steigerung der Bildungsqualität in Ostbelgien ist. Die Hochschule hat einen klaren Auftrag erhalten, sie hat gute Rahmenbedingungen für die Erfüllung dieses Auftrags zur Verfügung gestellt bekommen, und über die Qualität dieser Dienstleistungen werden wir über ein Qualitätssicherungssystem regelmäßig informiert. Nicht zu vergessen die Tatsache, dass wir mit unserem Mut zur Verantwortung die Voraussetzungen für unvermeidbare Umschichtungen im Unterrichtshaushalt geschaffen haben.

Genau so arbeitsintensiv, effizient und ergebnisorientiert werden wir unsere Arbeit im nächsten Jahr fortsetzen. Wir werden weiterhin dazu beitragen, insofern die Stadt Eupen das ebenfalls möchte, die Schullandschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu verbessern und noch maßgeschneiderter zu gestalten. Wir werden natürlich das Instrument autonome Hochschule für eine Verbesserung der Erst- und Weiterbildung der Lehrkräfte und natürlich auch der Krankenpfleger nutzen. Wir werden versuchen, weitere Schritte zu unternehmen, um die Arbeitsbedingungen in den Schulen zu verbessern, indem wir die angekündigten Orientierungshilfen, die Lehrpläne, zur Verfügung stellen, indem wir erste Schritte der langfristig angelegten, aufwändigen und äußerst ehrgeizigen Dienstrechtsreform schon über das nächste Sammeldekret einleiten, indem wir erste

Ungerechtigkeiten im Dienstrecht des G UW beseitigen und natürlich indem wir auch weiterhin an einer Verbesserung der infrastrukturellen Möglichkeiten in den Schulen arbeiten.

Wir werden auch im Haushalt des nächsten Jahres das Gehalt von Lehrpersonen weiter verbessern, indem wir nämlich für die Stufe 1 - das sind die Lizenziaten - ebenfalls das Urlaubsgeld sehr deutlich erhöhen werden.

Wir werden weiter dazu beitragen, die Organisation in den Schulen zu verbessern, indem wir den so wichtigen Übergang zwischen Primarschule und Sekundarschule fließender und harmonischer gestalten. Dies kann durch unsere Open-Space-Veranstaltungen gelingen, durch die zahlreichen Workshops, durch die Arbeitsgruppen, in denen die Lehrpersonen aus beiden Schulebenen die Möglichkeit haben, miteinander zu sprechen, und vor allem durch konkrete Absprachen, damit die Bildungsinhalte kohärent aufeinander aufbauen. Das kann auch über die von den Herren Schröder und Palm angesprochenen trägerübergreifenden Schultests gelingen.

Wir werden in den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Qualitätssicherungssystem einführen, ein System, von dem bedeutende flämische Bildungspolitiker sagen, es sei ein nicht unerheblicher Beitrag, ich würde sogar sagen ein erheblicher Beitrag dazu gewesen, dass gerade die flämischen Schüler in der PISA-Studie so gut abgeschnitten haben. Dieses Qualitätssicherungssystem über die Verbindung zwischen interner und externer Evaluation, über die wir gestern hier im Ausschuss gesprochen haben, ist auch ganz im Sinne von Kollege Niessen. Wir werden selbstverständlich auch die Weiterbildungsangebote für Schulleiter verbessern und ausbauen.

Die anstehenden Sonderschul- und Sekundarschuldekrete sind unglaublich ehrgeizige und arbeitsaufwändige Projekte, die einen ganz besonders wichtigen Beitrag zu dem eben definierten Ziel, soziale Chancengerechtigkeit zu schaffen, leisten können. Ich gehe jetzt nicht im Detail darauf ein, sondern möchte nur aufzeigen, wie ehrgeizig diese Projekte sind, indem ich einige Themen aufliste, die dort besprochen werden müssen.

Im Sonderschuldekret muss der Auftrag der Förderschule und der Regelschule im Umgang mit Integrationsprojekten definiert werden. Es muss ein anspruchsvolles Dienstrecht geschaffen werden. Wir brauchen neue Stundenkapitalregelungen. Es müssen Funktionsbeschreibungen festgelegt werden.

Im Sekundarschuldekret geht es um die nicht ganz einfache Aufgabe, Schlüsselkompetenzen zu definieren; es geht darum, die Maßnahmen in der beruflichen und der schulischen Ausbildung zu verzahnen, Dienstrechtsanpassungen vorzunehmen, Prüfungssysteme zu hinterfragen, damit weniger früh und überhaupt weniger selektiert wird und damit es weniger Wahloptionen im Sinne der PISA-Studie gibt. Wir brauchen neue Stundenkapitalregelungen. Wir werden die Bedeutung von Diplomen hinterfragen und neu orientieren müssen. Insgesamt werden wir die Organisation der Schule verbessern müssen.

Sie sehen: Es handelt sich um ein äußerst anspruchsvolles Vorhaben. Dass dies nicht von heute auf morgen machbar ist, das wird hier in diesem Hause jeder einsehen. Ich hoffe, es wird uns gelingen, das Sonderschuldekret bis zum Ende des Jahres 2006 fertig zu stellen. Das Sekundarschuldekret wird zu einem späteren Zeitpunkt hinterlegt, aber es wird jetzt schon sehr intensiv daran gearbeitet.

Nicht zu vergessen in diesem Maßnahmenkatalog ist die Vielzahl von Querschnittsaufgaben, zu denen natürlich auch die Förderung der Mehrsprachigkeit gehört. Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit haben wir natürlich nicht erst entdeckt, als die CSP begann, darüber zu sprechen, nein, wir haben selbst ein eigenständiges Konzept erstellt. Ich freue mich, dass Sie nun anerkennen, dass dieses Konzept tatsächlich besteht und wir konkrete Beiträge zur Förderung der Mehrsprachigkeit leisten. Aber die Initiative lag nicht bei Ihnen, werte Kollegin, sondern sie lag bei uns, und das wissen Sie. Das erkennen Sie an allen Projekten, die wir seit Amtsübernahme durchgeführt haben und die im Übrigen bereits in der letzten Legislaturperiode begonnen wurden.

Nicht zu vergessen ist auch die Einführung des Fachs Bürgerkunde in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Herr Servaty hat völlig zu Recht auf die Bedeutung dieses Themas hingewiesen. Wir müssen ferner auch das Interesse an den Naturwissenschaften fördern.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch zu sagen, dass es mich doch sehr geärgert hat, Frau Kollegin Thiemann, dass Sie von „herumlaufenden, herumstreuenden Botschaftern“ in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesprochen haben. Gerade für den Bildungsbereich unserer Gemeinschaft, das müssten Sie eigentlich wissen, Frau Kollegin, sind die Außenbeziehungen und der Ausbau dieser Außenbeziehungen von allergrößter Bedeutung, es sei denn, man setzt voraus, dass wir uns einigeln und alles, was andere schon erfunden haben, selbst neu erfinden.

Wenn wir uns nicht einigeln wollen, dann sind Außenbeziehungen von allergrößter Bedeutung. Wenn wir zum Beispiel Schlüsselkompetenzen definieren wollen, wenn wir Lehrpläne entwickeln wollen, wenn wir Schulbücher empfehlen wollen, dann werden Sie doch nicht ernsthaft annehmen, dass wir das alles selbst neu erfinden. Dann müssen wir uns in der Französischen Gemeinschaft, in der Flämischen Gemeinschaft, aber auch im benachbarten Ausland umschaun, denn dort stehen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung, auf die wir nun wirklich nicht verzichten dürfen und die wir nutzen müssen.

Dasselbe gilt für die Förderung des Interesses an Naturwissenschaften und ganz besonders auch für die Förderung der Mehrsprachigkeit. Nicht nur wir sind dabei, die Mehrsprachigkeit zu fördern. Das tun andere auch. Die Fremdsprachendidaktik ist ein ganz wichtiges Thema im Raum Aachen. Dort gibt es ganz interessante Konzepte. Ich empfehle Ihnen wirklich einen Besuch der „Language-Days“, wo Sie konkrete Informationen einholen können. Vergessen wir aber auch nicht, dass z.B. die Schweiz in diesem Zusammenhang interessante Konzepte entwickelt hat. Die wollen wir uns doch nicht alle vorenthalten.

Ein anderes Beispiel sind die Aus- und Weiterbildungsprogramme. Sie konnten sich noch gestern in der Ausschusssitzung davon überzeugen, wie wichtig die Außenbeziehungen der Gemeinschaft gerade in Bezug auf das Weiterbildungsangebot sind. Angefangen bei der RWTH Aachen über das Land Südtirol bis hin zu Rheinland-Pfalz, gibt es Angebote, die wir nicht selbst zu Stande bringen würden und die wir auch gar nicht finanzieren könnten. Wir können sie dort einkaufen. „Kaufen“ ist übrigens ein interessantes Stichwort, denn wir erhalten die meisten Angebote, die uns gestern vorgestellt wurden, gratis. Das sind konkrete Mehrwerte für die Lehrpersonen in unserer Gemeinschaft.

Auch das Qualitätssicherungssystem, über das wir mit Kollege Niessen gesprochen haben, müssen wir bei anderen abschauen. Ich habe Flandern als Beispiel zitiert. Wenn Sie erlauben, möchte ich nur grundsätzlich festhalten, dass es unverantwortlich wäre, den Menschen in Ostbelgien das Wissen, das anderswo besteht und das dort mit großem Aufwand erarbeitet wurde, vorzuenthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Maßnahmen sollen im größtmöglichen Dialog mit den Schulgemeinschaften und mit den Sozialpartnern umgesetzt werden. Da hat Kollege Niessen völlig Recht. Die Schulbesuche der Pädagogischen Dienststelle des Ministeriums, aber auch des Kabinetts und des Ministers werden genauso intensiv fortgeführt wie im letzten Jahr. Die angekündigte Umfrage über die Zufriedenheit der Mitarbeiter im Gemeinschaftsunterrichtswesen wird ebenfalls in diesem Sinne und übrigens im Konsens mit allen GUW-Schulleitern durchgeführt.

Ich hoffe auch, dass wir im zuständigen Parlamentsausschuss im nächsten Jahr so effizient und so konstruktiv zusammenarbeiten und miteinander umgehen können, wie das in der letzten Sitzungsperiode der Fall war. Für unser Bildungswesen und für die Erziehung und Ausbildung unserer Kinder trägt nämlich jeder Einzelne in diesem Hause Verantwortung. Deshalb sollte auch jeder Einzelne auf seiner jeweiligen Aktionsebene und im Rahmen seiner Möglichkeiten einen konstruktiven Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Bildungsqualität in unserer Gemeinschaft

leisten und sich für ein sozial gerechtes und qualitativ anspruchsvolles Bildungswesen einsetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!  
*(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)*